

Das Boot ist voll!

Einwanderung in die Sozialsysteme stoppen



Seit dem Jahr 2007 ist die Zahl von Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland von 64.158 (2007) auf 147.091 (2011) sprunghaft angestiegen und nimmt weiter Jahr für Jahr zu.

Ein Großteil der Armutsflüchtlinge aus den Ländern des Balkans, wie Serbien, Mazedonien, Rumänien und Bulgarien, sind Zigeuner, die keiner geregelten Arbeit nachgehen, sondern dauerhaft auf Sozialhilfe in Deutschland angewiesen sind.

Von dem Zustrom besonders betroffen sind Großstädte wie Dortmund, Duisburg, Berlin, München, Hannover oder auch Offenbach. Die Liste ließe sich noch beliebig

verlängern. In Dortmund hat sich die Zahl der Rumänen und Bulgaren mehr als verfünffacht (offiziell). Allein die Stadt Duisburg rechnet mit einem jährlichen Mehraufwand von 18,7 Millionen Euro für die Versorgung der Einwanderer in das Sozialsystem. Dort hält die Polizei die Situation bereits schon jetzt „für nicht mehr beherrschbar“.

Ein sprunghafter Anstieg der Kriminalität, illegale Matratzenlager, Lärmbelästigungen, extreme Vermüllung und Verwahrlosung des Wohnumfeldes, Schwarzarbeit oder Arbeit zu Dumpinglöhnen sind Folgen des unerwünschten Zuzuges aus Südosteuropa.

Der soziale Friede in unserem Land ist massiv gefährdet!

Der ungebremste Zustrom sprachunkundiger und unqualifizierter Einwanderer ins deutsche Sozialsystem überfordert unsere Kommunen. Pro Roma-Flüchtling rechnen die Behörden mit Kosten in Höhe von 110.000,- Euro/Jahr (Quelle: WAZ).

Der Präsident des ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, fordert: **„Keine Sozialhilfe für arbeitslose EU-Zuwanderer“ (Heimatlandprinzip). Gleiches gilt auch für das Kindergeld.**

Die Republikaner warnen vor dem sozialen Sprengstoff, der sich durch eine massenhafte und unkontrol-

lierte Einwanderung von kulturfernen Volksgruppen und Ethnien aus Südosteuropa in die sozialen Brennpunkte unserer Städte und Gemeinden ansammelt. Das Schönreden der Weltverbesserer, Sozialromantiker und Beschwichtigungsapostel, die die Probleme abwiegelnd und darauf verweisen, Deutschland sei auf Zuwanderung angewiesen, ist schlichtweg falsch. Der Zustrom aus Südosteuropa bringt überwiegend keine qualifizierten Arbeitskräfte, sondern schafft nur zusätzliche Integrationsprobleme. Weder die Gesellschaft noch die Wirtschaft haben davon einen Vorteil.



**DIE
REPUBLIKANER**



Ein Tsunami rollt auf Deutschland zu!

Mit Inkrafttreten der Arbeitnehmerfreizügigkeitsregelung am 1. Januar 2014 droht der endgültige Dammbruch.

Alle Schleusentore werden weit geöffnet. Millionen weiterer südosteuropäischer Wirtschaftsflüchtlinge sitzen auf gepackten Koffern, um Deutschland zu überfluten. Die Lage gerät vollends außer Kontrolle, wenn der Sozialstaat kollabiert.

Wie die Republikaner warnt auch der Deutsche Städtetag in einem Positionspapier eindringlich vor einer Überlastung der Kommunen und Sozialsysteme durch den mas-

senhaften und unkontrollierten Zuzug südosteuropäischer Armutsflüchtlinge.

Angesichts der immer lauter werdenden Rufe nach mehr Geld für die finanziell ausgebluteten Kommunen zur Finanzierung zusätzlicher Integrationsmaßnahmen stellen die **Republikaner** fest:

Es geht nicht darum, immer neue Integrationsmaßnahmen zu beschließen oder darum, ob Bund, Länder oder Kommunen die Folgekosten tragen sollen, sondern es ist notwendig, die unerwünschte Einwanderung in unsere Sozialsysteme zu stoppen!

In einem Sechs-Punkte-Programm fordern die Republikaner daher

1. die Nachweispflicht der eigenständigen Gewährleistung des Lebensunterhaltes einschließlich Krankenversicherung vom ersten Aufenthaltstag an als Voraussetzung für jede Aufenthaltsberechtigung,
2. die Einschränkung der Kindergeldansprüche und der Sozialhilfe, eine Verschärfung des Melde- und Gewerberechts, des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes und anderer relevanter gesetzlicher Verwaltungsbestimmungen sowie die Erleichterung von deren Durchsetzung und des Vollzuges,
3. systematische und strenge Kontrollen und die Aufstockung des dafür erforderlichen Personals,
4. umgehende und konsequente Rückführung bei Verstößen gegen eine der vorgenannten Regelungen und Gesetze,
5. die unverzügliche Wiedereinführung von Grenzkontrollen gemäß dem Schengener Abkommen, um potentielle Armutseinwanderer, die die Zuzugsvoraussetzungen nicht erfüllen, sofort ausweisen zu können,
6. eine Initiative auf EU-Ebene zur strengeren Fassung und gegebenenfalls die Aussetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeitsregelung und die Prüfung eines deutschen Ausstiegs aus den entsprechenden Vereinbarungen.

Unsere Politiker müssen sich endlich wieder darauf besinnen, daß ihre Loyalität dem Wohl und den Interessen des Staatsvolkes gilt und nicht europäischen Richtlinien und Prinzipien, die sich als völlig weltfremd und absolut untauglich erwiesen haben!

Absender

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

- Ich möchte weitere Informationen
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich möchte ein persönliches Gespräch
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden

BITTE
AUSREICHEND
FRANKIEREN

Die Republikaner
Geschäftsstelle
Münchner Straße 4
86438 Kissing